

Newsletter

Berichte – Informationen – Debatte

März 2020

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

die Corona-Pandemie schränkt natürlich auch unsere Arbeit ein. Etliche Veranstaltungen gerade zum Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa werden ausfallen oder verlegt werden. Unsere öffentlich sichtbare analoge Präsenz wird auf null reduziert. Auch unsere Mitgliederversammlung muss ausfallen und später nachgeholt werden. Eigentlich sollte dort nach dem plötzlichen Tod unseres langjährigen Vorsitzenden Horst Meyer ein neuer Vorstand gewählt werden. Auch wenn diese wichtige Aufgabe nun verschoben werden muss, bleiben der Vorstand und das Netzwerk den Umständen entsprechend arbeitsfähig. Dieser Newsletter zeugt – im Unterschied zur dünnen Januarausgabe – von einem Teil der Aktivitäten, die in den zurückliegenden Wochen im und im Umfeld des Netzwerks unternommen worden sind. Natürlich wird ein Blick zurück gerichtet auf die Beisetzung von Horst Meyer. Die interessante Tagung der SNG in Bad Zwischenahn zu DPs ist jedoch ebenso Thema wie das neue Buch von Ralf Buchterkirchen zu hingerichteten Wehrmachtssoldaten oder andere Berichte und Stellungnahmen zu erinnerungskulturellen Impulsen in Hannover und Region. Da beim Herunterfahren öffentlicher Aktivitäten mehr Raum zum Nachdenken und zur Stellungnahme bleibt, habe ich mir einen Kommentar zum Gerangel um Straßenumbenennungen erlaubt.

Mit einem Salve wünsche ich allen Leser*innen, heil durch die Virus-Krise zu gelangen.

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

- **Trauerfeier für Dr. Horst Meyer**
- **Absage von Veranstaltungen**
- **Gedenken an die Deportationen nach Theresienstadt**
- **Hannover gegen Rechts – im Gedenken an die Morde in Hanau**
- **Displaced Persons – ein wichtiges Kapitel europäischer Nachkriegsgeschichte**
- **Ungehorsame Soldaten**
- **Perspektiven des Erinnerns**
- **Straßenumbenennungen als politische Farce – eine Kommentar**

Trauerfeier für Dr. Horst Meyer

Zur Trauerfeier für den am 24. Januar 2020 plötzlich auf Lanzarote verstorbenen Dr. Horst Meyer in der Kapelle des hannoverschen Stadtfriedhofs Engesohde kamen am 13. Februar neben der Familie zahlreiche Gäste. Die Kapelle war bis auf den letzten Platz besetzt. Etliche mussten stehen. Dem verstorbenen Vorstandsvorsitzenden des Vereins „Gegen das Vergessen/NS-Zwangsarbeiter“ und des „Netzwerks Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover e.V.“ zeigten sich viele tief verbunden.

Für den Freundeskreis Horst Meyers und seiner Ehefrau Jutta Meyer-Siebert würdigte Prof. Dr. Christine Morgenroth den Verstorbenen als einen „weltoffenen, freundlichen, ja strahlenden“ Menschen. Die unglaubliche Energie, die er aufbrachte, wenn er ein Ziel verfolgte, mag ihre Quelle gehabt haben in der liebevollen Zuwendung seiner Mutter. Sein Vater starb 1941 im Krieg. Als Mitglied der SPD habe er sich engagiert für die Friedensbewegung, Ostermärsche, Gewerkschaften, Linke und Fridays for Future. Der promovierte Betriebswirt habe als Unternehmensberater stets auch Arbeitnehmerinteressen respektiert und zahlreiche Arbeitsplätze gerettet. In allem unterstützte ihn seine Ehefrau Jutta.

„Horst war ein außerordentlich politischer Mensch“, so Morgenroth weiter, „und ein kluger Analytiker, der bei den Wunschvorstellungen und Utopien einer besseren Welt immer auch einen ausgeprägten Sinn für das Machbare behielt.“ Treue zeichnet ihn ein Leben lang aus. „Wem er einmal sein Vertrauen geschenkt und sein Herz geöffnet hatte, dem blieb er sein Leben lang erhalten.“ „Wir verabschieden uns von einem großartigen Menschen. Adieu, lieber Freund.“

Der Steuermann des legendären deutschen olympischen Goldachters von 1968, der ZDF-Meteorologe Gunther Tiersch, berichtete über Meyers Leistungen und politische Verdienste im Rudersport. Als athletischer Schlagmann und taktischer Kopf des Achters hatte Meyer mit seinem Team zahlreiche Siege bei internationalen Wettkämpfen errungen. Höhepunkt war der dramatische Olympiasieg in Mexiko-City. Tiersch selbst war von Meyer im Alter von 13 Jahren als Steuermann angeheuert und jahrelang sportlich betreut worden. „Dann saß ich ihm zwei Jahre direkt gegenüber im Boot, an jedem Wochenende in der Saison, mehrere Stunden.“ Wenn Tiersch Fehler machte, gab es „kein Anschauen, keinen vorwurfsvollen Blick“. Meyer hatte das Gefühl, wie man mit einem 13jährigen sensibel umgehen muss.

Tiersch weiter: „Ich habe ihn in meinem späteren Leben sehr geschätzt, oft stand er mir mit Rat und Tat zur Seite.“ „Horst wird mir als jung geblieben in Erinnerung bleiben: Er war spontan, auch mit Ende siebzig. Wir Ruderkameraden trauern um einen Freund, um unseren Schlagmann und Kopf der Mannschaft.“

Für den Verein „Gegen das Vergessen/NS-Zwangsarbeit“ schilderte Petra Beitlich Horst Meyer als „herausragende Persönlichkeit“ in der Erinnerungskultur und lobte sein unermüdliches Engagement, u. a. in der Gruppe „Sportler für den Frieden“. Als Unternehmensberater und Netzwerker sei er in der Stadtgesellschaft fest verankert gewesen. Bewundernswert sei seine Fähigkeit, persönliche Beziehungen herzustellen und zu

pflegen, auch zu einflussreichen Personen und Institutionen, zu Politik und Verwaltung. Seine Aufmerksamkeit richtete er auf das Schicksal von 60.000 Menschen aus West- und Osteuropa, die in Hannover als Zwangsarbeiter ausgebeutet wurden und menschenunwürdig untergebracht waren.

Zur Erstellung von Mahnmalen und Erinnerungstafeln leistete er gegenüber Politikern und Unternehmensführungen beharrlich Überzeugungsarbeit, die vielfach zum Erfolg führte. Dazu gehört die Einrichtung eines Dokumentationszentrums für die Landeshauptstadt, eines Lern- und Gedenkort, nun umgesetzt als „ZeitZentrum Zivilcourage“ in der früheren Volkshochschule.

Das „Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover“, gegründet 2006 als Bündnis von 40 Vereinen, Verbänden und Einzelpersonen, drohte 2015 auseinanderzufallen. Ziel des Netzwerks ist es, an die Verbrechen der Nationalsozialisten zu erinnern und Rassismus und Intoleranz in der Gegenwart abzuwehren. In dieser kritischen Situation übernahm Meyer den Vorsitz und erweiterte das Netzwerk auf 60 Mitglieder. Es sei das Verdienst von Meyer, sagte Beitlich, dass das Netzwerk seitdem stark agiert und für förderungswürdig befunden wird. Mit dieser finanziellen Unterstützung ist eine dauerhafte Arbeit gewährleistet. „Für seinen unermüdlichen Einsatz sind wir alle sehr dankbar“, schloss Beitlich, „wir werden ihn sehr vermissen“.

Am Ende musizierten und sangen Horst Meyers Patenkinder Philipp Negt, Rick Thürnagel-Negt und Merle Hoch. Zum Auszug des Sarges erklang Meyers Lieblingssong „Imagine“ von John Lennon.

Dr. Jens Gundlach

Absage von Veranstaltungen

Aufgrund der momentanen Corona-Pandemie müssen eine Vielzahl von Veranstaltungen der Städtischen Erinnerungskultur abgesagt werden.

Um eine Ansteckung von Bürger*innen mit Covid-19 möglichst zu unterbinden, werden derzeit Veranstaltungen mit über 10 Personen abgesagt. Dies betrifft leider auch (Gedenk-)Veranstaltungen mit Beteiligung der Städtischen Erinnerungskultur. Um dennoch die Gedenktage würdevoll zu begehen und an die Opfer zu erinnern, werden momentan angemessene alternative Formen des Gedenkens entwickelt. In Kürze folgen dazu neue Informationen auf www.erinnerungskultur-hannover.de

Diese Maßnahmen gelten für folgende Veranstaltungen:

6. April 2020: Gedenken an die Opfer der Erschießungen auf dem Seelhorster Friedhof vor 75 Jahren | Nähere Informationen über die IG Metall Hannover

6. April 2020: Zentrales Gedenken und Vortrag von Dr. Manfred Grieger | Die Veranstaltung fällt aus. Ein digitales Gedenken sowie den Vortrag von Dr. Manfred Grieger zum Download findet Sie am 10. April 2020 unter www.erinnerungskultur-hannover.de

8. Mai 2020: Zum 75. Jahrestag der Befreiung | Ob diese Veranstaltung stattfinden kann wird später entschieden.

11. Mai 2020: Zum 87. Jahrestag der Bücherverbrennung | Die Veranstaltung fällt aus. Durch niedergelegte Blumen wird auf den Jahrestag hingewiesen.

Im Anhang zu diesem Newsletter finden Sie den Flyer „So viel Anfang war nie...? Zum 75. Jahrestag der Befreiung“ – auch wenn viele darin angekündigte Veranstaltungen abgesagt werden müssen, soll durch eine Veröffentlichung des Flyers die breite Vielfalt der hannoverschen Erinnerungskultur und das hohe Engagement auch der Zivilgesellschaft deutlich gemacht werden.

LHH- städtische Erinnerungskultur

Gedenken in Hannover am 25. Februar 2020 – Der 75. Jahrestag der Ankunft des letzten Zuges mit Deportierten aus Hannover in Theresienstadt

Zwischen dem 23. Juli 1942 und dem 20. Februar 1945 gingen fünf Transporte von Hannover in das Ghetto Theresienstadt (heute Terezín, Tschechien). Insgesamt 1039 jüdische Bürgerinnen und Bürger aus Hannover, Bremen, Hildesheim, Göttingen, Braunschweig, Varel, Wilhelmshaven und weiteren niedersächsischen Ortschaften wurden über Hannover nach Theresienstadt deportiert. Unter ihnen waren hannoversche Juden aus so genannten Mischehen und Juden aus dem Düsseldorfer Deportationsgebiet.

Auf dem Holocaust-Mahnmal am Opernplatz sind die Namen von 374 jüdischen Hannoveranerinnen und Hannoveranern eingraviert, die nach Theresienstadt deportiert und ermordet wurden. An den letzten Transport, der am 25. Februar 1945 Theresienstadt erreichte, erinnerte der Niedersächsische Verein zur Förderung von Theresienstadt/Terezín e.V. in Kooperation mit der Städtischen Erinnerungskultur an diesem Dienstag um 12 Uhr am Holocaust-Denkmal am Opernplatz.

Die Gedenkfeier begann mit dem Totengebet „Eli Male Rachamin“ (hebr. „Gott voller Erbarmen“), gesprochen von Assaf Levitin, dem Kantor der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover. Schülerinnen und Schülern der Gifhorner Berufsbildenden Schule I gestalteten die Gedenkstunde. Sie hatten sich intensiv auf ihre Beiträge vorbereitet. In ihrem Vortrag in Hannover verwendeten die Jugendlichen einige Aussagen aus den Zeitzeugenberichten unserer vereinseigenen Sammlung, ergänzt und übertragen auf die hannoverschen Abläufe in den Jahren 1941 bis 1945. Alle Schülerinnen und Schüler beteiligten sich an der Ausarbeitung der Texte und deren Darbietung. Eine Schülerin übersetzte die Texte in die Gebärdensprache. Und: Die Jugendlichen stellen Fragen ans Heute: „Warum bekommen rechte Parteien wie die AfD so viel Zustimmung? Warum schauen so viele Menschen weg, wenn es um dieses Thema geht?“, fragt eine Schülerin. „75 Jahre sind vergangen und nun müssen viele Menschen mit jüdischem Glauben wieder in Angst leben.“ Sie steht vor dem Holocaust-Mahnmal am Opernplatz, ihre Zuschauerinnen und Zuhörer schweigen nachdenklich. Theresienstadt sei mehr als ein „Ghetto“ gewesen, es sei der „Vorhof der

Hölle“, zitierte etwa eine Schülerin die jüdische Literaturwissenschaftlerin und Autorin Ruth Klüger.

Oberbürgermeister Belit Onay und die stellvertretende Regionspräsidentin Petra Rudsuck nahmen an der Gedenkveranstaltung teil und legten anschließend einen Kranz nieder. Den Kranz des Niedersächsischen Vereins mit weißen Rosen legten ein Schüler und der Vereinsvorsitzende nieder. Jeder der beteiligten Jugendlichen stellte auf die unterste Stufe des Mahnmals eine weiße Rose, bevor der Kantor Assaf Levitin das Kaddish-Gebet der Trauernden als Abschluss sprach.

Hans-Joachim Wolter / PS

Hannover gegen Rechts – im Gedenken an die Morde in Hanau

Es mögen 3.000 Menschen gewesen sein, die sich am kalten und nassen Freitagabend des 21. Februar entsprechend dem Aufruf des hannoverschen Bündnisses „Bunt statt Braun“ auf dem Platz an der Marktkirche Hannovers zum Gedenken an die Opfer des rassistischen Terroranschlags in Hanau einfanden. Von Trauer und Mitgefühl getragen bot sich Beobachtern ein Bild der Entschlossenheit der Vielen, dem mörderisch gewalttätigen Treiben mit gleicher Entschiedenheit entgetreten zu wollen, wie den redenden und schreibenden Hetzern, Agitatoren, Ausgrenzern von Rechts. Natürlich waren sich die auftretende politische Prominenz und andere am Rednerpult einig, dass man/frau Hass und Hetze mit allen politischen Mitteln entgetreten muss. Und – endlich, nachdem die AfD jahrelang als populistisches Farbsegment des Parlamentarismus verharmlost worden ist –, wird diese Truppe um Gauland und Höcke als die Vereinigung angegriffen, die sie war und ist: Als Sammelbecken all derer, die unsere Demokratie, die unser Zusammenleben, wie wir es kennen und wie wir es uns über Jahrzehnte mühsam erarbeitet haben, zerstören wollen; als die politische Kraft, die den Boden bereitet und die Resonanzfläche bietet, dass Mordtaten, gewalttätige Anschläge, Hass und Häme Teile des gesellschaftlichen Lebens der Republik geworden sind.



Aus der Menschenmenge heraus fotografiert; Foto Tom Seibert

Das Bündnis „Bunt statt Braun“ wird, jenseits der unverständlichen Tatsache, dass es die Regie der Veranstaltung an die örtlichen SPD-Vorsitzenden abgegeben hat, seinen seit letztem Winter eingeschlagenen Kurs als Zentrum mobilisierender Aktionen gegen jede Form

des Rechtsradikalismus beharrlich fortsetzen. Dass dabei Hannoveraner*innen nicht an die Hand genommen werden müssen, sondern selbstverständlich gegen Rechts aufstehen, hat auch diese Kundgebung wieder einmal gezeigt.

PS

Displaced Persons – ein wichtiges Kapitel europäischer Nachkriegsgeschichte

Die Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten hatte zu ihrer diesjährigen Jahrestagung ans Zwischenahner Meer eingeladen, und viele kamen, darunter auch vier Mitglieder des Netzwerks. „Wohin nach der Befreiung? ‚Displaced Persons‘ und ‚Heimatlose Ausländer‘ in Norddeutschland“, lautete das Thema. In sechs Referaten mit sich anschließenden kurzen Debatten und bei einer Rundreise durch (Ost)Friesland zum GröschlerHaus in Jever sowie ins dortige Schloss erhielten die Teilnehmenden Einblicke in die Schicksale und Lebenswelten von DPs unterschiedlicher Herkunft und Interessen.

Wie sich insbesondere jüdische DPs im Nachkriegsdeutschland fühlten, sich auf vielfältige Weise organisierten und einen Transfers nach Palästina herbeisehnten, zeigte Jim G. Tobias in seinem Beitrag *Ungewisse Zukunftsperspektiven: „Displaced Persons“ im Nachkriegsdeutschland* anschaulich und detailreich auf. Sie versuchten sich in der amerikanischen Zone (Bayern und Baden-Württemberg) zu sammeln, weil dort die Lebensbedingungen besser als in der britischen waren. Kultur- und Sportveranstaltungen zählten in ihren DP-Camps ebenso zum täglichen Leben wie etwa die Herausgabe von jüdischen Zeitungen, die Organisation von Kongressen und Tagungen oder das politische Ringen um einen jüdischen Staat.

Ein ganz anderes Thema griff Jens Binner von der SNG mit Darstellungen *zur Repatriierung sowjetischer Häftlinge, Kriegsgefangener und zivilen Zwangsarbeiter*innen*. Der bundesdeutschen Kalten-Kriegs-Mär von einer Zwangsrepatriierung hielt er entgegen, dass sehr wohl die allermeisten sowjetischen Verschleppten aus freien Stücken in ihre Heimat wollten – die Sowjetunion war halt ihr zuhause. Doch das Kontroll- und geheimdienstliche Durchleuchtungsprozedere auf dem Weg in die Heimat und dortselbst war schikanös, unterdrückerisch, oft ausgrenzend und stigmatisierend. Viele Männer wurden in Arbeitskommandos verpflichtet oder mussten als Teile der Roten Armee Aufbauleistungen erbringen, bevor sie in ihre Herkunftsorte zurück durften. Manche landeten auch wegen Kollaborationsvorwürfen im GULAG. Die Akten der geheimdienstlichen Überprüfungen schwebten oft ein Leben lang über den Menschen, wurden bei beruflichen Beurteilungen oder erwünschten Arbeitsplatzwechseln hervorgeholt.

Da der ortskundige Exkursionsleiter Holger Frerichs erkrankt war, führte Rolf Keller von der SNG die Tagungsgesellschaft am Samstag im Bus durch die Gegend. Man/frau lernte dabei nicht nur malerische Ecken des platten Landes kennen – das war ein willkommener touristischer Nebeneffekt beim Aufsuchen etlicher friesländischer Erinnerungsorte. Halt wurde gemacht bei einem Mahnmal und Infotafeln zu russischen Kriegsgefangenen, das an deren Einsatz beim Bau von Straßen vom Hinterland zu den Kriegsanlagen in Wilhelmshaven erinnert. Im puppenstubenhaft wirkenden Neustadtgödens hielt der Exkursionstross an der alten Synagoge und in Zetel-Bohlenberge wurde den Teilnehmer*innen Leben und

Verfolgungsgeschichte der Artistenfamilie Frank anhand einer Erinnerungstafel nahe gebracht, die gegenüber ihrem ehemaligen Wohnsitz steht.

Die in der gesamten Gegend äußerst rührige Erinnerungskultur erläuterten dann in Jever Hartmut Peters und seine Kollegin des *Zentrums für Jüdische Geschichte und Zeitgeschichte der Region Friesland / Wilhelmshaven* im GröschlerHaus, der 1938 abgebrannten Synagoge. Eine Wiedergabe all dieser dort erhaltenen Informationen würde hier zu weit führen, deshalb sei den Leser*innen empfohlen, sich auf der ausführlichen Website <https://www.erinnerungsorte-friesland.de/> kundig zu machen. Als bemerkenswert sei aber die Auskunft weitergegeben, dass der Landkreis Friesland das Projekt Erinnerungsorte mit finanziellen, sachlichen und auch personellen Mitteln entscheidend unterstützt.

Nach einem kurzen Rundgang durch die Innenstadt, haltend am Mahnmal für die ermordeten Jever Jüdinnen und Juden, wurde die Vortragsreihe im Schloss Jever mit einem Referat von Marcus Velke-Schmidt (Uni Bonn) zu den *baltischen DPs* fortgesetzt. Wie es bei solch einer dichten und umfangreichen Tagung manchmal vorkommt, wurde man/frau in diesem Beitrag mit minder aufschlussreichen und erkenntnisliefernden Ausführungen konfrontiert. Das war aber nicht weiter schlimm, denn nach einer kurzen Schlossbesichtigung, die in die bewegte weit vergangene Geschichte der Region wies, entschädigte der nachfolgende Beitrag durch lebendiges Vortragen einer ungewöhnlichen Nachkriegsgeschichte. Wie polnische Soldaten der 1. Panzerdivision die Niederlande und das angrenzende Friesland befreiten und dort kurzfristig ein polnisches Protektorat entstand, schilderte Kurt Buck vom Aktionskomitee DIZ Emslandlager in Papenburg. Unter der Überschrift *Als Haren Maczkow hieß – Die polnischen DPs im Emsland* erfuhren die Zuhörer*innen, dass und wie sich der kleine Ort Haren in eine polnische Siedlung mit eigener Verwaltung und sozialen Infrastruktur verwandelte.

Den Auftakt am Sonntag früh bildete der Vortrag von Peter Schyga, der mit dem Thema *DPs als Feindbild der deutschen Nachkriegsgesellschaft – Beobachtungen aus dem Nordharz 1945-1950* quasi die andere Seite der DP-Medaille beleuchtet, nämlich das Verhalten der deutschen Nachkriegsgesellschaft den ehemaligen Zwangsarbeiter*innen gegenüber. Gestützt auf Forschungen von Spurensuche Harzregion e.V. und Quellenmaterial zu seiner 2017 erschienen Monografie „Goslar 1945 bis 1953“ zeigte er, wie sich die deutsche Nachkriegsvolksgemeinschaft fast einhellig gegen die nun als „Ausländer“ titulierten von den Alliierten freigelassenen Zwangsarbeiter*innen verhielt: verachtend, feindselig, ihnen ihr eigenes selbst herbeigeführtes Elend in die Schuhe schiebend. (Dieser Beitrag ist als pdf auf <http://netzwerk-erinnerungundzukunft.de/projekte-des-vereins/> zu finden.)

Nach einem nur Verwirrung und Unverständnis stiftenden Beitrag zu königstreuen jugoslawischen (serbischen) Offiziers-DPs von Petar Miloradovic' aus Osnabrück rundeten Anika Groskurt und Petra Joachimsmeier die Veranstaltung mit der Schilderung eines spannenden und für die Zukunft der Erinnerungskultur Hoffnung machenden Projekts ab. Nach dem Auffinden von über 100 Karteikarten *gestorbener Kinder von Zwangsarbeiterinnen und DPS* organisierten sie im Verein Spurensuche Osnabrück e.V. das Auffinden der Gräber, gaben Grabstellen Namen der Kinder, machten –kurz gesagt – mit Erfolg viel Wirbel, um ein Erinnern und Gedenken auf dem Friedhof zu institutionalisieren. Ein schöner Abschluss der Veranstaltung, weil die beiden Frauen zeigten, dass neue Erinnerungs- und Gedenkprojekte von jüngeren Leuten erfolgreich und beispielgebend in Gang gesetzt werden können.

Das Organisationsteam um Silke Petri, Arnold Jürgens, Rolf Keller und andere hatte sich mit seiner hervorragenden Arbeit die Standing Ovations zum Ausklang der Tagung wohl verdient.

PS

Ungehorsame Soldaten

Ralf Buchterkirchen hat den neusten Stand seiner und anderer Forschung zur Verfolgung von „ungehorsamen Soldaten“, von „Wehrkraftzersetzer“ und „Deserteuren“ in einer lehrreichen und lesenswerten neuen Form herausgebracht. Sein vor kurzen im Verlag des Arbeitskreises Regionalgeschichte e.V. erschienenes Buch beschäftigt sich intensiv mit von der Wehrmachtsjustiz verurteilten und getöteten Soldaten des Zweiten Weltkriegs, die in Hannover auf dem Friedhof Fössefeld begraben sind. Buchterkirchen führt ein in die ideologisch aufgeladene Tradition von Soldatentum und Manneszucht, erläutert Struktur des Militärstrafrechts und Handeln seiner ausführenden Organe. Zur Wehrpflichtarmee der NS-Diktatur betont er, dass mit dem Eid auf den Führer Adolf Hitler persönlich „ein Soldat explizit ein Vertreter der NS-Ideologie“ wurde und entsprechend zu handeln gehabt habe. Dass dies auch geschah, dafür waren Disziplinierungen, Befehl und Gehorsam in der Truppe zuständig. Wenn dieser Militäralltag zur Ahndung von Ungehorsam oder Widerspenstigkeit nicht ausreichte, wurde die Wehrmachtsjustiz mit ihren scharfen Repressionsinstrumenten tätig. Etwa 2,4 Millionen Verfahren mit vier bis fünf Millionen Beschuldigten seien von ihr durchgeführt worden. Den Hauptteil in Buchterkirchens Studie nehmen seine auf umfangreicher Recherche beruhenden Biografien von Opfern der Wehrmachtsjustiz ein. Ausführlich schildert er die Schicksale von fünf Ermordeten, gibt zentrale Lebensdaten der in Hannover erschossenen Wehrmachtssoldaten wieder und berichtet von den aus Hannover stammenden Soldaten, gegen die Todesurteile verhängt wurden.

Der Umgang mit den Opfern nach dem Zweiten Weltkrieg war schändlich, „Nichtbearbeitung“ nennt er dies jahrzehntelang verschwiegene Kapitel deutscher Militärgeschichte, dem viel zu spät und zögerlich Entschädigung und juristische sowie politische Rehabilitation folgten. Die Mitglieder der Verfolgungsbehörden in der Armee, die Wehrmachtsrichter und Staatsanwälte, blieben nach dem Krieg – manchmal mit einer kurzen Karenzzeit – dem bundesdeutschen Staatsapparat erhalten. Der Autor wirft einen kritischen Blick zurück auf den Umgang mit dem Gedenken an die hingerichteten Soldaten in Hannover, an die auf dem Fössefeldfriedhof mit einer Info-Tafel gedacht wird. Die Entfernung des Deserteur-Denkmal auf dem Tramplatz schmerze: „Damit verlor Hannover nicht nur sein Deserteursdenkmal im öffentlichen Raum, zudem wurde ein Signal gesandt, das explizit die Auseinandersetzung mit Gewissen, Menschenwürde und Toleranz auf den historisierenden Aspekt des Bedauerns und der Trauer begrenzt und damit die inhaltliche Auseinandersetzung mit militärischer Gehorsamslogik ausschließt.“

Seinem Appell, den Ort des Erinnerns auf dem Fössefeldfriedhof mit „flankierenden Maßnahmen“ der Auseinandersetzung mit diesem Kapitel deutscher NS-Geschichte, wollen wir als Netzwerk nun nachkommen. Innerhalb des Netzwerks bereitet eine aus mehreren Initiativen gebildete Arbeitsgruppe, darunter Ralf Buchterkirchen (DfG-VK), der Volksbund, das Antikriegshaus Sievershausen, das Freizeitheim Linden und andere, die Präsentation der Ausstellung „Was damals Recht war ...“ – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der

Wehrmacht“ der Stiftung Denkmal Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas für das Frühjahr 2021 vor. In Workshops, mit digitalen Präsentationen, mit der Vorstellung des Handeln von Richtern und Staatsanwälten, die später in Hannover und Region in ihren Ämtern weiterwirkten, mit Ideen für eine bessere Anbindung des Friedhofs an den Stadtteil soll die Beschäftigung mit den „Ungehorsamen Soldaten“ intensiviert werden.

Eine gegenüber seinen früheren Publikationen bedeutende Neuerung bilden Buchterkirchens Handreichungen und Arbeitsmaterialien für Teamer*innen und Lehrkräfte. In diesem Buchabschnitt geht es um die Erläuterung von Begriffen wie Desertion oder „Kriegsverrat“ oder die intensive quellenorientierte Beschäftigung mit den Biografien der hingerichteten Soldaten. Arbeitsgruppen werden angehalten und angeleitet, sich um ein würdiges Gedenken Gedanken zu machen.

Insgesamt ist dem Autor mit diesem Werk ein großer Wurf gelungen. Es ist Grundlage und wird Leitfaden für die gegenwärtige und zukünftige Beschäftigung mit den Toten der Wehrmachtsjustiz – und ihren Henkern in Roben – in dieser Stadt sein.

Ralf Buchterkirchen: „Du brauchst dich wegen meiner Hinrichtung nicht zu schämen ...“ Ungehorsame Soldaten in Hannover 1933-1945, Neustadt a. Rbge (Edition Region + Geschichte), 2020, 9,- € <https://verqueert.de/du-brauchst-dich-wegen-meiner-hinrichtung-nicht-zu-schaemen/>

Radio Flora hat mit ihm ein längeres Interview geführt: <http://radioflora.de/ungehorsame-soldaten-in-hannover-1933-1945-interview-ralf-buchterkirchen-ueber-sein-neues-buch/>

PS

Perspektiven des Erinnerns – ein Symposium der RLS

Am Wochenende des 21. bis 22. Februars hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einem Symposium „75 Jahre Befreiung vom Faschismus – Perspektiven des Erinnerns“ in die Rotation eingeladen. Auf diversen Podiumsdiskussionen und in Workshops wurde nach „Verantwortung und Entschädigung“ gefragt, den „Herausforderungen für die Gedenkstättenarbeit in Zeiten rechter Regierungen in Europa“ nachgegangen und um „Ziele und Perspektiven in Deutschland“ debattiert. Besonders für die Workshops zu konkreten Formaten und Problemen in der Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit hatte Anika Taschke, Referentin für Zeitgeschichte der RLS, kompetente Referent*innen eingeladen, die zu „digitalen Erinnerungsformaten“, zum Thema „Erinnern mit Migrant*innen“, zum „Umgang mit Rechten in Gedenkstätten“ produktive Impulse in die Runden einbrachten. Sowieso stand die Frage, wie umgehen mit den Herausforderungen durch Rechtsradikale, die mehr oder minder organisiert Orte des Gedenkens oder des Erinnerns nutzen wollen, um geschichtsrevisionistische Ansichten unter die Leute zu bringen, im Zentrum der Tagung. Leider trat die in einem Workshop zu Neuengamme vorgestellte und debattierte Orientierung auch auf Täter in den Erinnerungsorten im Gesamtkonzept des Symposiums in den Hintergrund. Dabei kann die Beachtung des Handelns, des Denkens und der Motivation von NS-Tätern aller Unterdrückungsebenen wichtige Impulse für das Ringen um Deutungshoheit in geschichtspolitischen Diskurs liefern.

Dass die RLS mit dieser Tagung das Thema Erinnerungsarbeit und Geschichtspolitik als wichtigen Teil ihrer Arbeit herausgestellt hat, trägt sicher zur Stärkung der Front aller mehr oder minder aktiven Akteur*innen gegen die politische Rechte und geschichtspolitische Revisionen bei. Die gedeihliche Kooperation mit der RLS-Niedersachsen bei der letztjährigen Tagung des Netzwerks zu Erinnerungspolitiken in Europa war Ausdruck dieser Politik. Dass allerdings prominente Mitglieder der Links-Partei sich in einer permanenten Selbstsalbung als Antifaschist*innen eine Position der besonders aufmerksamen und entschlossenen Erinnerungsarbeiter*innen bringen wollen, scheint der Sache wenig dienlich. Die Linke ist Teil der gesellschaftlichen Bewegungen von Demokraten um den kritischen Umgang mit Geschichte. Durch das aufgeklebte Etikett des „Antifaschismus“, eines Begriffs, der politisch-analytisch überhaupt nichts klärt, sondern lediglich als Parole einer merkwürdig anmutenden abgrenzenden Selbststilisierung herhält, wird die notwendige Tiefenschärfe im Ringen um einen produktiven Umgang mit Geschichte und Gegenwart verwässert.

Ein Tagungsband ist angekündigt. Wir informieren, wenn wir von seinem Erscheinen hören.

PS

Straßenumbenennungen als politische Farce

Ein Kommentar von Peter Schyga

Nun hat sich laut Nachricht der HAZ vom 14. März auch der Stadtbezirksrat Döhren-Wülfel mit großer Stimmenmehrheit in die Phalanx der Possenspieler eingereiht, die meinen, geschichtspolitische Entscheidungen – die weitere Ehrung des ehemaligen Landesbischofs Marahrens und des Schriftsteller Josef Ponten durch Straßennamen stand zur Debatte – gehörten nicht zu der Aufgabe gewählter Parlamente, sondern seien einem wie immer gearteten „Votum der Anlieger“ verpflichtet. Der Bezirksrat Mitte war schon vorher von seinem Beschluss, die Ehrung der Person Hindenburg aus dem Straßenbild zu tilgen, abgekommen und hatte nach Art eines Preisausschreibens Anwohner*innen zum heiteren Namenswürfeln eingeladen. Mit dem Porsche Weg in Vahrenwald machte es sich der zuständige Bezirksrat einfach und lehnte eine Umbenennung schlichtweg ab.

Nun kann man/frau zu Straßenumbenennung als Instrument von demonstrativer Geschichtspolitik stehen wie er/sie will. Symbolpolitik bleibt solch Akt immer. Nur Tatsache ist: Ein demokratisch gewähltes parlamentarisches Gremium wie der Rat der Stadt hat auf der Grundlage von Sachverständigengutachten mit guten Argumenten beschlossen, die öffentliche, durch Straßenbezeichnungen dokumentierte Ehrung von tief in den Nationalsozialismus verstrickten Personen nicht mehr hinnehmen zu wollen. Doch was geschah dann. Statt in die zu erwartende und natürlich massiv einsetzende Widerspruchsdebatte offensiv und öffentlich einzutreten, wurde die politische Verantwortung für diesen Beschluss delegiert – in die Bezirksräte und von denen zu des „Volkes Stimme“. Diese äußert sich dann gewöhnlich durch Bedenken tragende, Taten und Worte – am besten unter dem Hinweise „damals waren andere Zeiten“ – relativierende Lautsprecher, denen sich konservativ nennende Kräfte im Parlament annehmen. Diesen wird dann von Gutmeinenden mit martialisch-entschlossen klingenden Worthülsen wie „Durch das Ausmerzen von Straßennamen merzt man den Faschismus nicht aus“

(Bezirksbürgermeisterin Antje Kellner lt. HAZ) in der Sache entgegengekommen. Ganz nebenbei darf die Dame darauf hingewiesen werden, dass der Begriff „Ausmerze“ originär und extensiv von den Nationalsozialisten zur Vernichtung „undeutscher“ menschlicher Existenzen verwendet wurde. Es verbietet sich eigentlich, im demokratischen Diskurs diesen Begriff zu benutzen.

Doch abgesehen von diesem und anderen verbalen Eiertänzen, von Aussagen wie, ein NS-Parteigänger sei „verblendet“ gewesen – übrigens der zentrale, in der Öffentlichkeit eingängige Begriff zur Entschuldung der NS-Parteigänger in der Nachkriegszeit –, darf die Frage gestellt werden, warum erhebliche Teile der politischen Verantwortungsträger in der Stadt vor Stimmen zurückweichen, die die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts und den Nationalsozialismus weichspülen möchten. Um den „Vogelschiss“-Spruch des Geschichtsrevisionisten Gauland wird in jeder Mahnrede ein Gewese gemacht, um als einsichtige/r Geschichtsversther*in ausgewiesen zu sein. Doch wenn vor Ort „Volkes Stimme“ in ähnlicher Diktion daherkommt, wenn aus NS-Parteigängern „ambivalente“ Persönlichkeiten – so eine Kennzeichnung von Bischof Marahrens oder auch Hindenburg – werden, bleibt bald nur noch die enge Riege der NS-Partei- und Staatsführung als nicht zu ehrende weil eindeutig verbrecherische Instanz übrig. Auch diese Sicht auf den Nationalsozialismus hatten wir schon mal: Von 1945 bis weit in die sechziger Jahre hinein, als sich deutsche NS-Parteigänger als Hitlers verführte Opfer verstehen und darstellen wollten. Es hat heftiger Anstrengungen in Forschung, ihrer Vermittlung, in gesellschaftlicher Mobilisierung und in erinnerungs- und gedenkkulturellen Debatten bedurft, um zu Einsichten zu gelangen, die solch Verharmlosung zurückweisen. Es macht heute wenig Sinn, allgemein und im Gedenkredenmodus mit Verve Rassismus und Antisemitismus, Hass- und Hämeagitatoren zu verurteilen, Geschichtsvergessenheit und Demokratiefeindlichkeit zu geißeln, wenn Lautsprecher*innen ähnlichen Kalibers in der Nachbarschaft nicht massiv und beschlusskräftig widersprochen wird.

Selbstverständlich kann man/frau mit gutem Grund gegen eine Straßenumbenennung als ungeeignetes Instrument von Geschichtspolitik votieren. Der liegt dann aber darin, eine öffentliche Auseinandersetzung darum zu führen, was denn die Motive derjenigen waren, die Personen, die damals für integer und damit würdig gehalten wurden, Ehrungen im öffentlichen Raum angedeihen ließen. Dann wird festgestellt werden dürfen, dass wir in eine Zeit der diffusen Rechtfertigung und Verharmlosung von Worten und Taten von Altvorderen aus der NS-Zeit nicht zurück möchten, dass wir tatsächlich aus der Geschichte gelernt haben. Und dann werden beide, die Namenspatronen und ihre damaligen Ehrerbietungsprotagonisten im öffentlichen Raum einer kritischen Sicht unterworfen. Dann mögen Straßennamen erhalten bleiben – na und? Doch bei einer Aufnahme der Auseinandersetzung mit Gestern und Vorgestern wird gewiss mehr geschichtspolitische Einsicht angeregt, als in einem irrlichternden Verfahren Richtiges zu wollen, um dann Sprechblasen produzierend vor historischer Ignoranz die Segel zu streichen.

Hinweis Stolpersteine: Seit 2018 ist das Netzwerk Kooperationspartner der Städtischen Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Hannover bei der Verlegung der Stolpersteine in Hannover. Wir verwalten die Spendengelder, werben um Spenden, unterstützen die

Verlege- und Pflegeaktionen und dokumentieren dies sowie die Stolpersteine in der Region auf unserer Website <http://netzwerk-erinnerungundzukunft.de/stolpersteine/>

Spendenkonto Stolpersteine: Sparkasse Hannover IBAN: DE48 2505 0180 0910 3908 94

Impressum:

Der Newsletter erscheint zum Ende jedes ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 24.03.2020. **Redaktionsschluss der Maiausgabe ist der 26.5.2020.**

Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., c/o Büro Dr. Horst Meyer & Partner, Bödekerstr. 90, 30161 Hannover; Tel +49 511 961 87 15; erinnerung-und-zukunft@t-online.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

Redaktion Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent)



wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

